

BDEW zur Wasserfachlichen Aussprachetagung 2019:

## **Wasserwirtschaft: Folgen des Klimawandels in Städteplanung berücksichtigen**

Die Wasserwirtschaft setzt sich dafür ein, die Stadtplanung besser auf extreme Wetterereignisse abzustimmen und fordert die Politik auf, auf die Belastung der Gewässer durch Nitrat und Spurenstoffe verursachungsgerecht zu reduzieren.

Berlin, 26. November 2019 – „Der Klimawandel stellt auch die Wasserwirtschaft vor neue Herausforderungen. In Zukunft werden sowohl Hitzeperioden als auch Starkregenereignisse zunehmen“, sagte Martin Weyand, BDEW-Hauptgeschäftsführer Wasser/Abwasser heute auf der Wasserfachlichen Aussprachetagung in Köln. „Die Wasserwirtschaft hat solche extremen Wetterereignisse bislang immer sehr gut gemeistert, doch die Herausforderungen nehmen zu.“

Er fordert die Politik deshalb auf, städtische Infrastrukturen besser an den Klimawandel anzupassen. „Die Gefahr durch starke Regenfälle steigt, wenn durch den Zubau neuer Wohngebiete Versickerungsflächen fehlen und Flüsse begradigt sind. Wir müssen Flüsse und Bäche in Teilen zurückbauen, damit sich das Wasser weniger staut. Außerdem brauchen wir neue Versickerungsflächen, damit das Wasser nicht einfach in die Kanäle abfließt, sondern dezentral in den Boden sickert oder durch Pflanzen aufgenommen wird.“ Beispiele hierfür seien die Schaffung von Angerflächen oder die Begrünung von Dächern und Fassaden. „Städte sind den Naturgewalten nicht hilflos ausgeliefert“, sagte Weyand: „Durch eine integrierte städtebauliche Planung kann man die Wassermassen in den Griff bekommen. Dafür brauchen die Städte die entsprechenden finanziellen Spielräume.“

Auch anhaltende Hitzeperioden stellten die Wasserversorgung vor Herausforderungen. „Eine Analyse zur Trinkwasserbereitstellung in 2018 und 2019 zeigt zwar, dass von einer Trinkwasserknappheit in Deutschland auch in Dürreperioden keine Rede sein kann. Jedoch bringt die bei Hitze regional und temporär stark steigende Nachfrage nach Wasser die technische Infrastruktur, wie Pumpen und Leitungen, an einigen Orten an ihre Grenzen“, sagte Weyand. Helfen würde es hier beispielsweise, über Verbundnetze die Wasserversorgung in den Regionen miteinander zu verbinden, um Notlagen auszugleichen. „Gegenüber der landwirtschaftlichen

**BDEW Bundesverband  
der Energie- und  
Wasserwirtschaft e. V.**  
Reinhardtstraße 32  
10117 Berlin

**Bereich Kommunikation**  
Julia Löffelholz  
Pressereferentin  
Telefon  
+49 30 300199-1168  
Telefax  
+49 30 300199-3168  
presse@bdew.de  
www.bdew.de

Nutzung von Wasserressourcen sollte der Trinkwasserversorgung der Bevölkerung klare Priorität eingeräumt werden. Trinkwasser ist nicht substituierbar.“

Gerade mit Blick auf Hitzeperioden werde es zudem immer wichtiger, die Grundwasserqualität zu sichern. „Je weniger Wasserressourcen verschmutzt werden, desto mehr Grundwasser steht zur Verfügung“, sagte Weyand. Konkret bedeute das, dass die Bundesregierung nach 26 Jahren nun endlich die EU-Nitratrichtlinie in nationales Recht umsetzen müsse, um so der steigenden Nitratbelastung durch den Gülleeinsatz in der Landwirtschaft Einhalt zu gebieten.

Weyand begrüßte daher, dass der Europäische Gerichtshofs mit seinem Urteil vom 3. Oktober 2019 auch Privatpersonen ermöglicht hat, gegen zu hohe Nitratwerte zu klagen. „Die Deutsche Umwelthilfe hat vergangene Woche bereits Klage gegen zwei Bundesländer eingereicht. Bleibt die Politik nun weiter untätig, wird der Nitratgrenzwert per Gericht durchgesetzt.“

„Auch gegen die zunehmende Belastung der Gewässer durch Arzneimittelrückstände muss die Politik dringend etwas unternehmen“, so Weyand. Der BDEW hat deshalb ein Fondsmodell vorgeschlagen, bei dem die Hersteller von Arzneimitteln verursachergerecht an der Finanzierung von Reinigungsleistungen beteiligt werden. „Das Fondsmodell ist eine ökologisch und ökonomisch effiziente Lösung, die Herstellern Anreize bietet, Einträge zu vermeiden oder Innovationen voranzubringen, um Rückstände in die Umwelt zu verringern.“